

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge...
Nr. 152

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge...
18. Jahrgang

Nr. 152

Dienstag, den 3. Juli 1923

18. Jahrgang

Poincarés Geduld — Englands Ungeduld.

Es naht nunmehr der Moment, wo sich auch die langmütigste Regierung in England sagen muß, daß ein weiteres Hinhalten durch Poincaré nur auf Kosten des englischen Ansehens in der Welt geschehen kann. Seit Wochen wartet man in England auf Beantwortung der Fragen, die das Londoner Kabinett auf einem Fragebogen dem Pariser Auswärtigen Amt übersandt hat. Poincaré verstand es bisher noch immer, den britischen Vorkämpfer mit unerbittlichen Nebenarten abzuspeisen. Schließlich benutzte der große Pariser Botschafter auch die belgische Ministerkrise zum billigen Vorwand, seine Antwort immer wieder hinauszuzögern. Schließlich erklärte die offizielle Pariser Presse in geradezu höhnischer und herausfordernder Weise, daß Poincaré überhaupt nicht die Absicht habe, den Engländern etwas „Schriftliches“ in die Hand zu geben. Eine solche Sprache kann nur als bewußte Beleidigung aufgefaßt werden. In England hat man sich viel bieten lassen, aber man sieht ein, daß man sich schließlich nicht alles bieten lassen kann.

Man wird gewiß die erregte Sprache, die die englische Presse am Sonntag angeschlagen hat, nicht überhöhen dürfen. Bisher jedenfalls hat England noch niemals seine Drohungen verwirklicht. Das muß man festhalten, wenn man mehrere Blätter, wie der „Observer“ und der „Daily Telegraph“ der englischen Regierung die Absicht einer selbständigen Reparationspolitik zuschreiben, falls Frankreich keine schriftliche Antwort auf den schriftlich formulierten englischen Fragebogen erteilen sollte. Man muß zugeben, daß England einen kräftigen Trumpf ankündigt, sofern die genannten Blätter die Absichten der englischen Regierung zutreffend widerspiegeln. Danach will die englische Regierung das Weiterverhandeln mit Paris im Falle einer Verweigerung der schriftlichen Beantwortung des englischen Fragebogens einstellen, ihren Standpunkt in der Reparationsfrage klar bezeichnen und dann versuchen, für diesen Standpunkt Amerika, Italien und die Neutralen zu gewinnen. Damit wäre in der Tat die Forderung Frankreichs faktisch geworden, und Poincaré könnte einen beispiellosen Mißerfolg verbuchen. Für uns läge natürlich keinerlei Vorteil in einem solchen Ausgang, denn Poincaré würde zunächst nur seine Wut umso stärker an Deutschland sich ausüben lassen. Für die Zukunft bräute natürlich aus der völligen Forderung Frankreichs für Deutschland einmal ein Vorteil herauszuholen, aber wir tun gut, unsere Politik zunächst einmal für die Gegenwart einzurichten. Zunächst ist einmal abzuwarten, wie Frankreich auf die englischen Drohungen reagiert. In Paris ist man in letzter Zeit außerordentlich nervös geworden. Vorläufig möchte man in Paris die englische Regierung veranlassen, von der Enthüllung des „Observer“ über die Unterstützung des Agenten Dorian durch Lloyd abzurufen. Diese Enthüllungen wurden in Paris umso peinlicher empfunden, als sie zeitlich mit dem Besuche Dr. Dorens zusammentrafen. Damit war der stärkste Wahrscheinlichkeitsbeweis für die Richtigkeit der englischen Angaben geföhrt. Gleichzeitig kündigte sich auf französischer Seite ziemlich heftig das Bestreben an, die englisch-französische Missverständnisse nicht auf die Reparationsfrage zu beschränken. Da sind zunächst die zahlreichen Dorian-Fragen, ferner der alte Streit um Zaner, und schließlich besteht zwischen Frankreich und England immer noch die Saarfrage und die Möglichkeit ihrer Auflösung vor dem Völkerverbund. Getreu seiner bisherigen Haltung möchte Frankreich recht viele Eisen ins Feuer legen, um dann auf dem bewährten Wege des Aufhandels England in allen den Fragen, die Deutschland angehen, möglichst auf seine Seite zu ziehen. Über den Zeitpunkt für diese neue Form der Verschleppung ist herzlich schlecht gemöhlt. In London wird man sich doch schließlich sagen müssen, daß eine allgemeine Aussprache über alle möglichen und unmöglichen Fragen nicht von der konkreten Tatsache abzulenken vermag, daß England Anspruch auf eine klare Beantwortung seines Fragebogens hat. Gibt hier das Kabinett Baldwin nach, dann hat es in Wahrheit Poincaré nicht den kleinen Finger, sondern die ganze Hand gegeben.

Auch Deutschland gegenüber hat England bestimmte Wünsche kundgegeben. Die letzten englischen Pressestimmen beschäftigten sich mit den Attentaten im neubestehten Gebiete. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die bisherigen Untersuchungen keinen Beweis oder auch nur Anhaltspunkt dafür ergeben haben, daß das Duisburger Bräudenattentat auf den belgischen Urlaubszug von Deutschen verübt worden ist. Es wäre darum richtiger gewesen, wenn man auf englischer Seite bis zur Aufklärung des Tatbestandes mit gutem Rathschlagen gewartet hätte. Auf der anderen Seite aber

kann grundsätzlich das akzeptiert werden, was die englische Presse über die Attentate schreibt. Sie haben sich seit der Ermordung Schlageters vermehrt. Nach der englischen Auffassung sollte dieser Umstand Poincaré zum Nachdenken Anlaß geben. Die englische Presse weist aber zugleich auch darauf hin, daß Englands Bemühen Belgien auf seine Seite zu ziehen, durch Attentate erschwert wird. Die belgische Politik gleitet dadurch wieder in die Hände der Militärs. Deutschlands Waffe ist der passive Widerstand, und alle Attentate verheßen augenblicklich nur Poincaré zu einer Bundesgenossenschaft die bereits im Zustande der Abkühlung sich befindet. Das sollten alle verantwortungsbewußten Deutschen bedenken.

Poincarés Programm.

Das Mindestprogramm Poincarés für die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit England in der Reparationsfrage soll folgende Forderungen umfassen:

1. Aufgabe des passiven Widerstandes unter Juridiktur aller von den deutschen Behörden erlassenen Verordnungen. Einstellung der Geldunterstützungen.
2. Vollständige Aufnahme der Arbeit auf allen Gebieten.
3. Inbetriebnahme sämtlicher Eisenbahnen unter Anerkennung der französisch-belgischen Regie.
4. Wiederaufnahme der Kohlen- und Sachlieferungen.
5. Rückkehr des Kohlenyndikates und dessen Zusammenarbeit mit den französischen Ingenieuren.
6. Amnestie für sämtliche deutsche Staatsangehörige, die mit den Alliierten in Verbindung gestanden haben.
7. Neue Garantien.

Für die Erfüllung dieser Bedingungen würde die französische Regierung folgende „Zugeständnisse“ machen:

1. Verringerung der Besatzung auf eine Kopfzahl von etwa 45 000 Mann.
2. Die Truppen würden außerhalb der Großstädte Quartier beziehen.
3. Die Räumung des Ruhrgebietes würde im Verhältnis zu den erfolgten deutschen Zahlungen von statten gehen.
4. Die Höhe der deutschen Reparationsschuld würde auf 60 Milliarden Goldmark festgesetzt unter der Voraussetzung, daß eine Annullierung der alliierten Schulden erfolge.
5. Eine allgemeine französische Amnestie für die verhafteten und bestraften deutschen Staatsangehörigen, sowie eine restlose Rückkehr der ausgewiesenen Witte nicht erfolgen, sondern es würde nur eine gewisse Anzahl der Gemahrgelitten amnestiert werden und zwar nach genauer Untersuchung jedes einzelnen Falles.

Hoffnungen und Befürchtungen.

In der Angelegenheit des englischen Fragebogens wird der französische Vorkämpfer in London vorkommen. Inbessenen ist es noch nicht gewiß, ob er Gelegenheit erhalten wird, seinen Funktionen entsprechend die französische Antwort zu übermitteln oder ob die englische Regierung auf eine sofortige schriftliche Antwort bestehen wird. Poincaré legt großen Wert auf eine mündliche Darlegung der französischen Ansicht, da ihm daran gelegen ist, die endgültige Regelung möglichst hinauszuziehen. Die Pariser Morgenblätter machen darauf aufmerksam, daß gleichzeitig mit den Ruhrfragen andere große Probleme zwischen Frankreich und England schweben. Sie bedauern, daß Frankreich sich darauf eingelassen habe, gerade in diesem Augenblick die Tanagerfrage zu erörtern, weil England sich dieser Frage bedienen könne, um einen Druck auf Frankreich auszuüben.

Die Blätter machen ferner darauf aufmerksam, daß Frankreich ein entschiedenes Vorgehen in Lausanne angeregt habe, daß aber die englische Delegation immer noch auf entsprechende Informationen warte. Nebenbei wird auch die Auflösung der Saarfrage im Völkerverbund erwartet. Allerdings mit dem Zusatz, daß diese Angelegenheit wohl sicher behoben werden wird. Die Ausführungen der französischen Presse spielen in der Versicherung, daß durch Drohungen noch niemals etwas von Frankreich zu erlangen war und daß auch England fest damit nichts erreichen werde.

Der Höhepunkt der Krise in den französisch-englischen Beziehungen.

„Times“ schreibt: Wir haben den schwierigsten Augenblick in den französisch-englischen Beziehungen erreicht. Davon, was diese Woche geschieht, kann die künftige Freundschaft zwischen beiden Ländern abhängen. Es ist zweifellos und gefährlich, sich in Probenetzungen zu ergeben, welche Wege Frankreich oder Großbritannien in dem einen oder anderen Falle einschlagen werden. Frankreich ist der Auffassung, daß es seine Haltung nicht vollständig ändern kann, ohne sich zu demütigen.

Die „Daily Mail“ erwähnt in einem Leitartikel Frankreich und England bringen, einen Bruch zu vermeiden. Man stehe vielleicht an einem Wendepunkt in der Geschichte Großbritanniens. Wenn Frankreich und England in Streit miteinander kämen, wenn sich auch nur eine ernste Differenz zwischen ihnen ergebe, dann würde ein neuer Rüstungswettbewerb einsetzen und England und Frankreich würden, wenn sie sich beruneinigt hätten, beide einen Angriff seitens Deutschlands ausgeleitet sein. Das Blatt verlangt, daß

Baldwin und Poincaré zu einer persönlichen Aussprache zusammenkommen.

Die Auffassung der englischen amtlichen Kreise. Erneute Drohung mit einer Sonderaktion.

In den von Reuter bereits kurz telegraphisch gemeldeten Ausführungen des diplomatischen Korrespondenten des „Observer“ heißt es, die Auffassung in den englischen amtlichen Kreisen gehe dahin, daß eine mündliche Antwort auf die englische Frageliste nicht angenommen werden solle. Lord Crewe habe bei seiner Zusammenkunft mit Poincaré in der letzten Woche die übliche diplomatische Höflichkeit aufgegeben und eine Antwort ohne weiteren Aufschub verlangt. Die vor 14 Tagen Frankreich vorgelegten Fragen stellen ein wohlüberlegtes Schreiben der englischen Regierung dar. Man habe klar und deutlich gefragt, was Frankreich unter Einstellung des passiven Widerstandes verstehe, welche Maßnahmen Frankreich beabsichtigen würden, und in welcher Weise die transatlantische Politik sich ändern würde, wenn solche Maßnahmen ergriffen werden würden. Die englische Regierung sei entschlossen, keiner Zusammenkunft Baldwin mit Poincaré zuzustimmen, bevor nicht eine schriftliche Antwort erfolgt sei. Wenn die französische Regierung eine schriftliche Antwort endgültig ablehne, so sei zu erwarten, daß die englische Regierung in den nächsten Tagen wichtige Schritte unternehmen werde. Wahrscheinlich werde eine öffentliche Erklärung der Regierung erfolgen, wahrscheinlich auch eine Veröffentlichung der Frageliste. Dann werde höchstwahrscheinlich erklärt werden, daß nach Ansicht der englischen Regierung die gegenwärtige Politik Frankreichs direkt zum Ruin Europas führen müsse. Das letzte deutsche Reparationsangebot vom 7. Juni 1923 sei noch nicht beantwortet worden. Die englische Regierung sei entschlossen zu antworten und Verhandlungen mit Deutschland zu beginnen. Wenn Frankreich es ablehne an den Verhandlungen teilzunehmen, so werde der englischen Regierung nichts anderes übrig bleiben, als eine unabhängige Aktion

zu unternehmen. Ueber die Folgen eines solchen Schrittes sei man sich vollkommen klar. Ueber die letzte Drohung habe gezeitet, daß eine unbegrenzte Fortsetzung des jetzigen Zustandes mehr Schaden als Nutzen stifte. Die englische Regierung sei entschlossen, binnen einer Woche eine Entscheidung mit Frankreich herbeizuföhren. Wenn infolge von Frankreichs Weigerung, schriftlich zu antworten, die englische Regierung genötigt sein würde vor der Welt eine Erklärung über ihre Politik abzugeben und eine unabhängige Aktion zu unternehmen, dann würden wahrscheinlich neue Methoden bei der Regelung der Reparationen zur Anwendung gebracht werden. Man habe bisher übersehen, daß die neutralen Länder mit ihren vitalen Interessen von einem durch die gegenwärtige Politik Frankreichs hervorgerufenen wirtschaftlichen Chaos ebenso berührt würden, wie Großbritannien, Italien und Belgien. Daraus ergebe sich die Möglichkeit, daß eine Konferenz neutraler Staaten einberufen werden könne, entweder gesondert oder mit Teilnahme Englands, Italiens und solcher Alliierten, die sich daran beteiligen wollten, um eine Regelung mit Deutschland, abgesehen von Frankreich, zu erzielen. Selbstverständlich werde dieser Schritt nur unternommen werden, wenn die französische Regierung ihn im Laufe dieser Woche unbedingt nötig mache.

Skeptizismus des „Observer“.

Zur politischen Lage schreibt „Observer“: Höflichkeit und Verzicht erfordern jetzt, wo die belgische Krise beilegt ist, eine schriftliche Antwort auf die britische Frage. Wenn die französische oder die belgische Antwort irgend eine Aussicht auf nähere Fortsetzung der Verhandlungen bietet, wird sie selbstverständlich genutzt werden. Nach der letzten Rede Poincarés kann man allerdings nicht besonders hoffnungsvoll sein. Wir können nicht sagen, daß Frankreich oder irgend eine andere Macht das Recht hat, bei der Ausführung eines Vertrages, den Frankreich weder allein ermöhlicht noch allein unterzeichnet hat, seine eigenen Bedingungen aufzuerlegen. Ebenso wenig wollen wir unsere Zustimmung erteilen zu abenteuerrischen Unternehmungen Frankreichs in Deutschland, die über die in dem erwähnten Vertrag vorgesehenen Grenzen hinausgehen.

Der Vatikan bleibt fest.

Aus Kreisen des Vatikans wird erklärt, daß der Pariser Presseförm über den Brief des Papstes nicht den geringsten Eindruck auf die Curie mache. Der heilige Stuhl werde keinerlei französisch-belgischen Bruch dulden. Das Gerücht, daß Jonnart im Namen Frankreichs formell Protest erhoben habe, sei unrichtig. Uebrigens sei man auf Jonnart wegen des plötzlichen Abzuges seines Empfanges, wogu das gesamte Kardinalkollegium geladen war, sehr ungeschicklich